

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/217

12. November 1973

Zwei Parteitage und die deutsche Politik

Feststellungen zur Position der Sozialdemokratie

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag
und Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 92 Zeilen

Müssen wir uns eigentlich noch verteidigen?

Anmerkungen zu Hoffnungen, Erwartungen und
Tatsachen

Seite 3 und 4 / 73 Zeilen

Der Kampf um die Plakette

SPD will neue Vorschläge zur Kfz-Steuerreform

Von Rainer Offergeld MdB
Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses
des Bundestages

Seite 5 und 6 / 84 Zeilen

Mehr innerdeutsche Sportbegegnungen!

Grösseres Interesse in beiden deutschen
Staaten

Von Manfred Wende MdB
Mitglied des Sportausschusses des Deutschen
Bundestages

Seite 7 und 8 / 64 Zeilen

Zwei Parteitage und die deutsche Politik

Feststellungen zur Position der Sozialdemokratie

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag und
Mitglied des Präsidiums der SPD

In diesen Tagen stehen zwei Parteien vor ihren Bundesparteitagen: Die FDP - unser Partner im Regierungsbündnis - und die CDU - die größere, wenn auch nicht mächtigere der beiden Unions-Parteien mit dem "C".

Es bedarf nicht der Beobachtung der CDU durch das Schlüsselloch, um schon jetzt bemerken zu können, wie sehr sich in der CDU die Köpfe (nicht nur die Biedenköpfe) regen, um wieder Zugang zu den Steckdosen zur FDP zu finden: Damit sowohl die Leuchtreklame der "Union" als auch der Plattenspieler mit den Unionsmelodien in altgewohnter Weise wieder in Gang gesetzt werden können (möglicherweise auch das Bügeleisen).

Die Union putzt an ihrer Fassade. Obwohl es auch bei ihr nicht an Einsichtigen fehlt, die eine gründliche Renovierung des Unionsgebäudes für erforderlich halten.

Biedenkopf, der Generalsekretär des CDU-Kopfes Kohl, hat soeben barsch gerügt, was ein Wochenende vorher die beiden Unions-Parteitage vom Rheinland und von Westfalen-Lippe befürwortet hatten: Hans Katzers Modell zur Mitbestimmung. Es wurde vom Generalsekretär als das schlechtest denkbare abgekanzelt, und den Sozialausschüssen wurde angekündigt, die Unions-Parteien werde ihnen künftig das Privileg wegnehmen, als Sprachrohr der Union an die Adresse der Arbeitnehmerschaft zu fungieren. Die Unions-Partei werde das dann selbst tun. Wahrscheinlich muß dann alles gleichgeschaltet werden mit dem, was der sogenannte Wirtschaftsrat der Union für zweckmäßig hält.

Wenn's um die Mitbestimmungsfassade der CDU so bestellt ist, was werden die Schaufenster mit "Bodenrechtsreform" und "Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen" außer modischen Attrappen zu bieten haben?

Wenigstens von einer Seite bekommt die CDU gegenwärtig Stromzufuhr und kann aus allen Rohren Duftstoff gegen die Vertragspolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel verspritzen, weil ihr die SED zur Zeit hilft, die Verträge madig zu machen, indem sie wieder einmal demonstrativ die Bundesregierung in die Ecke zu manövrieren sich bemüht.

Weil die DDR-Behörden die Geldumtauschsätze bei Besuchen und Besuchsreisen verdoppeln, wobei sie keine Rücksicht auf die finanzielle und soziale Lage der davon Betroffenen zu nehmen gedenken, klagt die CDU/CSU die Bundesregierung an. So werden die Gespenster-

schlachten der letzten Jahre und besonders des Jahres 1972 neu aufgeführt.

Weil die DDR-Behörden mit der Begründung, es würde Geld auf dem Schwarzmarkt eingetauscht, Gerechte und Ungerechte gleichermaßen züchtigen, peitscht die Union die Leidenschaften gegen die Vertragspolitik der Bundesregierung auf.

Und weil man aus früheren Jahrzehnten gewöhnt ist, in Illusionen zu machen und diese zu Schaum zu schlagen, steht die erst in ihren Anfängen befindliche schwierige Arbeit, ein vernünftiges Neben einander und, wo es möglich ist, auch Miteinander im getrennten Deutschland allmählich zustande zu bringen, schon wieder im Gegenwind. Ist es nicht Absicht, so hat es doch Methode.

Ob diejenigen in der FDP, die unlängst sagen zu dürfen meinten, das Verhältnis zur CDU habe sich "normalisiert", nun meinen werden, das auch in der Umkehr verdeutlichen zu dürfen?

Die Politik im getrennten Deutschland wird gerade jetzt und noch lange eine politisch handlungsfähige Partei brauchen, wie die SPD sie sein kann, wenn sie sich zusammennimmt. In dieser Legislaturperiode als wichtiger Etappe in der Entwicklung des parlamentarischen Parteienwesens in unserer Bundesrepublik entscheidet es sich, ob die Politik in der Bundesrepublik Deutschland weiter voran geführt werden kann durch sozialdemokratisch-freidemokratische Bündnispolitik oder ob sie zurückrutscht in das Koalitionsspendeln der vorausgegangenen Jahrzehnte mit dem hinterlassenen Trümmerfeld von Illusionen in der Außen- und Deutschlandpolitik.

Reale Friedenspolitik - sie steht vorn an - bedarf ebenso eines besonnenen Kopfes wie eines heißen Herzens. Beides hat Bundeskanzler Willy Brandt. Sicherheitspolitik - sie gehört zur Friedenssicherung - bedarf ebenso eines unbestechlichen Verstandes wie des unmittelbaren Mitfühlens mit den Opfern und Leiden von Krieg und Okkupationen. Bundeskanzler Willy Brandt garantiert für beides. Demokratisierung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse und Ordnung wie Humanisierung statt Bürokratisierung unseres eigenen Staates müssen noch über weite Strecken vor den Sprücheklopfern von rechts wie von links bewahrt werden. Bundeskanzler Willy Brandt hält den Kurs. Aus den Ansätzen zu einer qualitativ hochrangigen beruflichen Bildung, die im ersten Entwicklungsstadium sich befinden, müssen die Unzulänglichkeiten und Versäumnisse vieler Jahrzehnte aufgeholt werden. Bundeskanzler Willy Brandt hat dafür ein gutes Auge.

Ohne die SPD als durch Willy Brandt führende Partei in der Bundesregierungsverantwortung

stünde die Bundesrepublik noch im Trümmerfeld außen- und deutschlandpolitischer Illusionen;

würden Wirtschafts-, Finanz- und Konjunkturpolitik noch und wiederum mit Mitteln "gewollter Rezessionen" betrieben;

wäre die Sozialpolitik noch nicht in die Phase der Erneuerung gekommen, sondern schlingerte hin und her zwischen dem Unions-Postulat "Die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sind in der Bundesrepublik erreicht" und Wahlgeschenken nach Gießkannenprinzip;

stünden wir noch lange nicht auf dem inzwischen klar erkennbare Baugelände der Humanisierung der Arbeitswelt; und

befänden wir uns in der Bundesrepublik noch nicht im Wettstreit aller Parteien um den Anspruch, das richtige Mitbestimmungs-"Modell" zu haben.

(-/12.11.1973/ks/ee)

Müssen wir uns eigentlich noch verteidigen?

Anmerkungen zu Hoffnungen, Erwartungen und Tatsachen

Es dürfte angesichts der internationalen Verwicklungen an der Zeit sein, die Frage unserer eigenen Sicherheit und Verteidigung in allem Freimut und in voller Offenheit erneut zu durchdenken und daraus dann die Überlegungen zu schöpfen, die der harten Wirklichkeit gemäß sind und sich von illusionären Vorstellungen jedweder Art fernhalten. Man wird dabei unverändert davon auszugehen haben, daß Westeuropa, und wir als dessen zentrales Gebiet, ohne die glaubwürdige Entschlossenheit US-Amerikas, sich gegebenenfalls selbst einem nationalen Risiko auszusetzen, nicht wirklich verteidigt werden und daher gegebenenfalls auch nicht lange frei und unabhängig bleiben kann.

Bundesverteidigungsminister Georg Leber hat soeben erst wieder aus aktuellem Anlaß mit voller Berechtigung verlangt, daß man sich dieses Faktums bewußt wird, weil man sonst zwangsläufig in einen gefährlichen Irrealismus abrutscht. Auf deutsch gesagt heißt das, daß die Bundesrepublik ihre Position und ihre Politik in strengster Nüchternheit durchkalkulieren muß, weil wir sonst unseren Verpflichtungen nicht nur unserem Volke und unserem Staat gegenüber nicht gerecht werden, sondern ebenso nicht gegenüber Westeuropa und dem Bündnis, und schließlich auch nicht gegenüber dem Gebot der ausgewogenen und friedenssichernden Parität zwischen dem Westen und dem Osten: hier also zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt.

Diese militärische Parität ist, ungeachtet der Ebene, auf der sie festgelegt wird oder sich einpendelt, das eine Standbein der Weltpolitik von heute, die sich immer stärker auch auf das zweite Standbein: die Entspannung stützt. Wenn von der sozialliberalen Regierung aus bisher immer die Forderung nach den beiden Standbeinen: also Verteidigungssicherheit und Kooperationsentspannung als *conditio sine qua non* für die Bundespolitik herausgestellt und vertreten worden ist, so gilt diese Maxime natürlich

auch für die beiden großen Lager. In diese Erkenntnisthese ist inbegriffen, daß wir Westeuropäer und, da von uns die Rede ist, wir Deutschen im Rahmen des Bündnisses und gemäß seines Zweckgehalts in engster Übereinstimmung mit der Risikobereitschaft der Amerikaner entschlossen sind und bleiben, für diese gemeinsame und damit auch eigene Verteidigungssicherheit so viel zu tun wie notwendig ist. Wenn wir das nicht wollen, und wenn wir zulassen, daß unsere Sicherheitsanstrengungen unter die existenziell bedingte Linie absinken, dann freilich ist jede Mark zuviel, die wir in die Verteidigung hineinstecken.

Dann aber müßten wir auch die dann notwendig werdenden Konsequenzen ziehen, und in diese Selbstaufgabe wird vermutlich kein denkender Mensch hineinpreschen wollen. Georg Leber hat von den "Mutigen" gesprochen, die in Fehleinschätzung der gegenwärtigen Situation jedenfalls theoretisch in ein neues Extrem steuern, das das Gegenteil von "Feindbildern" und Rüstungsübereifer ist. Auch wenn es manchem noch so sehr gegen den Strich geht: Die Entspannung, um die gerade die Sozialdemokratie in allen ihren Teilen so engagiert bemüht ist, befindet sich erst am Anfang und wird über lange Strecken noch einer Echternacher Springprozession gleichen, bei der wir nur einen Schritt voraus und dann zwei Schritte zurückgehen müssen oder gar, um Lenin zu zitieren, manchmal zwei Schritte zurück und nur einen nach vorn. Wir haben also heute und morgen noch keine "total entspannte" Welt, sondern eben diese Welt der siebziger Jahre, in der Konflikte leider und beiläufig nicht ausgeschlossen werden können, die auch dann, wenn sie weitweg von uns oder vor unserer Haustüre ablaufen, auch uns selbst berühren und besorgt machen müssen.

Das ist kein Berufspessimismus, der ja auch wieder nur ein Extrem wäre, sondern ein an rauhe Tatsachen gebundenes Sichselbsteingestehen jedenfalls heute noch gegebener Tatsachen. Das Bewußtwerden dieser Fakten ergibt aber zugleich und verstärkt einen neuen Impetus für angestrengtestes Bemühen, den Boden für die Entspannung tragfest zu machen und den Weg in eine Erwartung freizuhalten, in der es die Verantwortlichen hier und dort wirklich verantworten können, der Entspannung auch im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich Raum zu geben. Es ist platterdings unvorstellbar, daß dieses konkrete Ziel auf lange Sicht gesehen ohne Erfüllung bleiben könnte oder dürfte.

Es sei denn, wir gäben auf. Aber genau das sollte die junge Generation verhindern: im Westen und im Osten.

(ee/12.11.1973/bgy/ee)

+ + +

Der Kampf um die Plakette

SPD will neue Vorschläge zur Kfz-Steuerreform

Von Rainer Offergeld MdB

Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundestages

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat am 6. November 1973 die von der Bundesregierung vorgeschlagene Drei-Klassen-Einteilung bei der Kraftfahrzeugsteuer abgelehnt. Die Bundesregierung wurde gebeten, neue Vorschläge zu unterbreiten, die die Fraktion dann prüfen könne.

Der Beschluß der Bundesregierung zur Reform der Kraftfahrzeugsteuer erregt nicht unerwartet die Gemüter. Die Reform ist ein Paradebeispiel dafür, wie schwierig zwei wichtige Zielsetzungen der Steuergesetzgebung miteinander in Einklang zu bringen sind: größere soziale Gerechtigkeit und Vereinfachung. Diese Konfliktsituation läßt sich wie folgt beschreiben:

Die gegenwärtige Hubraumbesteuerung mit rd. 60 Klassen fördert den Bau zu kleiner und damit besonders luftverschmutzender und lärmverursachender Motoren. Die Erhebung der Steuer aufgrund eines Steuerbescheids ist aufwendig und führt zu einer großen Zahl von Zahlungsrückständen, welche die Vollstreckungsstellen der Finanzämter zum Teil völlig blockieren. Im Jahr 1972 waren über 400.000 Beitreibungsfälle zu verzeichnen gewesen. Um diese Mängel zu beseitigen, haben Automobilindustrie und Automobilverbände vorgeschlagen, vom Bescheidverfahren abzugehen und einen Einheitssteuersatz einzuführen. Auch die Bundesländer haben sich zum Teil diesem Vorschlag angeschlossen. Das würde bedeuten, daß für den Mercedes 600 die gleiche Kraftfahrzeugsteuer zu zahlen wäre wie für den Kleinwagen. Es ist nicht zu bestreiten, daß bei einer solchen Radikalkur sämtliche negativen Einflüsse der Besteuerung auf die Kraftfahrzeugkonstruktion ausgeschlossen werden können. Für die Finanzverwaltung brächte eine Einheitssteuer den größtmöglichen Vereinfachungseffekt, weil Steuerbescheide überflüssig und bei einer am Wagen jährlich anzubringenden Steuerplakette die Zahl der Zwangseintreibungen sicherlich sehr gering würde.

Die SPD hat von vornherein keinen Zweifel daran gelassen, daß bei der Besteuerung der PKWs die soziale Komponente nicht zu kurz kommen darf. Sie hat daher auf ihrem "Steuerparteitag" die Einheitssteuer abgelehnt und sich für ein Vier-Klassen-System mit Plakette ausgesprochen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion kam in der vergangenen Legislaturperiode zu dem Ergebnis, daß es zwar notwendig sei, die Vielzahl der heute geltenden Steuerklassen zu beseitigen, daß aber ein Vier-Klassen-System vom Standpunkt der Ver-

waltungsvereinfachung noch vertretbar erscheine.

Nach Auffassung der Bundesländer ist das Plakettenverfahren bereits bei einem Drei-Klassen-System schwer praktikabel, weil diese für jedes Steuerjahr und für jede Steuerklasse unterschiedliche Steuerplaketten für erforderlich halten. Das ist wohl auch der Grund dafür, daß die Bundesregierung davon Abstand genommen hat, das in der vergangenen Legislaturperiode von der SPD-Fraktion beschlossene Vier-Klassen-System vorzuschlagen.

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Lösung vermeidet zwar einige Nachteile des Einheitssatzes, dennoch ergäben sich auch für Kleinwagen und Mittelwagen zum Teil erhebliche Mehrbelastungen, wogegen zum Teil Luxusautos erheblich entlastet würden. Diese sozial unerwünschten Wirkungen könnten nur beseitigt werden, wenn für Luxusautos und für Kleinwagen je eine weitere Steuerklasse, also insgesamt mindestens fünf Klassen, geschaffen würden. Eine wirklich befriedigende Lösung wird also auch bei einem Vier-Klassen-System kaum zu erreichen sein.

Man sollte daher prüfen, ob nicht die Zahl der Steuerklassen erweitert werden kann, wobei an der Umstellung von Hubraum- auf PS-Klassen unbedingt festgehalten werden muß. Dem Anliegen der Vereinfachung könnte man dadurch Rechnung tragen, daß man unter Beibehaltung des heutigen Bescheidverfahrens von den Vierteljahres- und Halbjahres-Zahlungen auf Jahreszahlungen überginge. Erstzulassungen sollten nur erfolgen, wenn der Einzahlungsbeleg für die erste Jahressteuer der Zulassungsstelle vorgelegt wird; bei Umschreibung des Kraftfahrzeugs (Wechsel des Eigentümers) sollte keine Steuererstattung durch das Finanzamt, sondern eine Verrechnung zwischen Verkäufer und Erwerber vorgenommen werden. Durch Intensivierung des EDV-Verfahrens könnte die Steuereinzahlung noch erheblich rationalisiert werden. Hier sind die Möglichkeiten noch längst nicht ausgeschöpft.

Es wäre zu prüfen, ob nicht eine Einheitsplakette eingeführt werden könnte, die an jeden Wagen als Nachweis anzubringen wäre, daß Kraftfahrzeugsteuer bezahlt worden ist. Eine solche Plakette könnte für alle Kraftfahrzeugtypen gleich sein. Die Zahl der Beitreibungsfälle und damit auch der Verwaltungsaufwand könnten durch diese Maßnahmen erheblich gemindert werden, ohne daß die soziale Komponente dabei vernachlässigt würde.

Den Bundesländern dürfte es wohl inzwischen klargeworden sein, daß eine Einheitssteuer keine Chancen hat, realisiert zu werden. Es ist daher zu hoffen, daß sie sich nunmehr verstärkt um alternative Lösungen bemühen werden. Verwaltung und Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer stehen ausschließlich den Ländern zu. Es würde dem viel beschworenen föderalistischen Prinzip bestimmt nicht widersprechen, wenn sich auch die Länder an der Diskussion um eine neue Kraftfahrzeugsteuer konstruktiv beteiligen würden.

(-/12.11.1973/ks/ee)

+ + +

Mehr innerdeutsche Sportbegegnungen I

Größeres Interesse in beiden deutschen Staaten

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Was die DDR-Sportführung glaubt sich nicht erlauben zu können, das ermöglichte das Losglück in zwei europäischen Fußball-Wettbewerben: Nach der Pokalbegegnung FC Bayern München gegen Dynamo Dresden kommt es kaum drei Wochen später zu einem zweiten Zusammentreffen von deutschen Fußball-Spitzenmannschaften westlich und östlich der Elbe.

Diesmal spielen am 28. November und 12. Dezember Fortuna Düsseldorf und der 1. FC Lokomotive Leipzig im UEFA-Wettbewerb. Während es durch die begrenzte Zahl von 36.000 Zuschauerplätzen im Dresdener "Dynamostadion" viele tausend enttäuschte Sportfreunde ohne Eintrittskarte gab, dürfte es beim rund 95.000 Zuschauer fassenden Leipziger "Zentralstadion" Schwierigkeiten dieser Art kaum geben. Man mag bei der DDR-Sportführung darüber nachgrübeln, daß sich die sportinteressierte Bevölkerung in der DDR mit einer verständlichen Begeisterung auf Spiele dieser Art freut, und das noch viel mehr, als man dies bisher offenbar in der Bundesrepublik Deutschland eingeschätzt hat. Das Münchener Gastspiel in Dresden hat dies sehr deutlich bewiesen.

Eigentlich müßte es der Ostberliner Führung längst aufgefallen sein, daß die mit allen Mitteln verfolgte "statische Sportpolitik" gegenüber der Bundesrepublik Deutschland das Interesse der Bevölkerung zwischen Elbe und Oder an Begegnungen von Sportlern aus beiden Teilen Deutschlands nur noch verstärkt. Seit die DDR-Sportführung einen Berlin-Klimmzug als Alibi für die Verhinderung innerdeutscher Sportbeziehungen - außerhalb von internationalen Wettbewerben - vorführte, scheute man sich in der Ostberliner Sportzentrale auch nicht, Verpflichtungen aus dem Verkehrs- und

Grundlagenvertrag bisher unerfüllt zu lassen. Man widersetzt sich in der Berlinfrage sogar offen Regeln und Verfahrensweisen der internationalen Sportföderationen sowie bindenden Beschlüssen und Voten des Internationalen Olympischen Komitees. Um die Sportkontakte zum unmittelbarsten Nachbarn, der Bundesrepublik Deutschland, auch weiterhin unterhalb der Null-Grenze zu halten und das Infragestellen der Zugehörigkeit sowie die Außenvertretung von Westberlin durch die Sportorganisationen der Bundesrepublik Deutschland dafür als Vorwand zu benutzen, fordert man von östlichen Nachbarländern nicht selten auch gegen deren Überzeugung "Amtshilfe". Vermutungen in dieser Richtung waren zum Beispiel beim geplatzten Leichtathletik-Länderkampf Volksrepublik Polen gegen die Bundesrepublik Deutschland nicht ganz grundlos.

Es ist fraglos begrüßenswert, daß sich die DDR-Fußball-Auswahlmannschaft für die 1974 in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden WM-Spiele qualifiziert hat. Solche Entwicklungen können die DDR-Regierung jedoch nicht davon entbinden, die vertraglichen Pflichten und international eindeutigen Bestimmungen im bilateralen Sportverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt zu erfüllen. Der immer noch bestehende Seltenheitscharakter innerdeutscher Sportbegegnungen fordert auch von den Mannschaften und Sportlern aus der Bundesrepublik Deutschland ein besonderes Fingerspitzengefühl gegenüber den DDR-Gastgebern und der sportinteressierten Bevölkerung. Nach der Kurzvisite von Bayern München in Dresden wäre Fortuna Düsseldorf gut beraten, wenn man vor allem bei der Rückbegegnung am 12. Dezember in Leipzig deutlich machen würde, daß zwar überall in den höchsten Spielklassen für Geld, aber doch wohl vorrangig für die Zuschauer gespielt wird.

Außerdem dürfte es bei dem Fassungsvermögen des Leipziger "Zentralstadions" möglich sein, die Kartenwünsche in Westberlin zu erfüllen. Schließlich ist es von Berlin nach Leipzig näher als von Berlin nach Düsseldorf oder Hamburg. (-/12.11.1973/ks/ee)

+ + +